

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
vom 08.10.2015**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:42 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**Einwohnerfragestunde**

Die Ratsvorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

**TOP 1      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen  
Ladung und der Beschlussfähigkeit**      VorlNr.

---

RV Roß-Luttmann begrüßt alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 2      Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden  
Anträge**      VorlNr.

---

Die Tagesordnung und die dazu vorliegenden Anträge werden einstimmig festgestellt.

**TOP 3      Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2015**      VorlNr.

---

Die Niederschrift vom 14.09.2015 wird mit folgender Änderung einstimmig genehmigt.

Der Nebensatz „und hebt hervor, dass auch die jungen UnterstedterInnen vor Ort helfen“ zu Top 11.4 solle gestrichen werden.

**TOP 4 Nachbenennung im Ausschuss für Planung und Hochbau sowie im Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss**

VorlNr.  
0948/2011-2016

---

RH Dr. Rinck schlägt für den Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss Herrn Stefan Finck und für den Ausschuss für Planung und Hochbau Herrn Matthias Diercks vor.

**Beschluss:**

Der Rat stellt einstimmig fest, dass Herr Matthias Diercks dem Ausschuss für Planung und Hochbau und dass dem Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss Herr Stefan Finck als hinzugewählte Mitglieder angehören.

**TOP 5 Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Stadtwerke Rothenburg (Wümmen) GmbH**

VorlNr.  
0945/2011-2016

---

Herr David berichtet ausführlich über die Arbeit der Stadtwerke (SR), in der eine umwelt-schonende und bezahlbare Energiewende als fester Bestandteil seit Jahren umgesetzt werde. Weiter erläutert er betriebswirtschaftliche und energietechnische Zahlen und Ergebnisse. Die Wärmeversorgung sei weiter ausgebaut und dadurch Energieeinsparungen und CO<sub>2</sub>-Emissionsminderungen realisiert worden. Im Ronolulu seien die Besucherzahlen um rund 5 % gesunken. In einen Wintergarten beim Schwimmbecken und in ein Fitnessbecken für Kursangebote sei investiert worden, um die Attraktivität zu erhöhen. Die Stromausfallquote der Kunden liege bei 4,8 Min pro Kunde pro Jahr. Deutschlandweit betrage diese Ausfall-dauer 12 Min. Durch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung werden 90 % Energie und 80 % CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart. Zur Strombelieferung werde vor Ort erzeugter Strom aus BHKW's genutzt. Zur Wasserversorgung sei es nach wie vor das Ziel, die Rotenburger Rinne vor Verschmutzungen zu schützen und in den Wasserschutz zu investieren. Weiter berichtet er, dass die SR Kunden in Visselhövede als Gast-Energielieferant zum 01.01.2016 als Grundversorger beliefern werden. Das zeige die Qualität der Produkte, der Mitarbeiter und das Vertrauen, das die Kunden in die Stadtwerke setzen. Ferner seien Vereine und Veranstaltungen im Bereich des Sports, der Jugendarbeit, Kultur, Umwelt und des Naturschutzes durch die SR in Höhe von ca. 90.000 € unterstützt worden. Besonders verweist er auf das Naturschutzprojekt „Wege zur Artenvielfalt“ des NABU, das über mehrere Jahre gefördert und 30 Biotope darüber im Landkreis angelegt bzw. aufgewertet worden seien. Er kritisiert das Ausmaß der Bürokratie mit neuen Vorschriften und Gesetzesänderungen, was unnötig zusätzliche Kosten verursache. Im Folgenden gibt er einen detaillierten Ausblick in die zukünftige Preisgestaltung, den gegenwärtigen Investitionen und Aktionen, wie z.B. der Einrichtung von mehreren Stromtankstellen. Er dankt den Ronolulu-Besuchern für ihre Geduld hinsichtlich des aktuellen Umbaus und allen Kunden, besonders dem Aufsichtsrat, Stadtrat, der Verwaltung sowie den Mitarbeitern der SR für die konstruktive Zusammenarbeit.

Bgm Weber dankt Herrn David für die ausführliche Berichterstattung, der Geschäftsführung und den Mitarbeitern der SR, was diese im letzten Jahr wieder geleistet haben. Er geht ausführlich auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis als auch die Bildung der Rücklage ein.

RH Bargfrede beantragt, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Der Wirtschaftsprüfer habe bestätigt, dass die SR im Wettbewerb ausgezeichnet dastehe und schließt sich dem Dank an.

RF Bassen schließt sich im Namen der SPD ebenfalls dem Dank an.

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) weist einstimmig die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH an, folgenden Beschluss zu fassen;

Aufgrund des Geschäftsbericht 2014 und der am 12.06.2015 festgestellten Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 der BPW Treuhand GmbH, Bünde, wird der Jahresabschluss 2014 mit einer Bilanzsumme von 40.925.501,76 € festgestellt.

Vom Jahresüberschuss in Höhe von 1.990.840,07 € ist ein Betrag von 1.350.000,00 € an die Stadt Rotenburg (Wümme) auszuschütten. Der verbleibende Betrag von 640.840,07 € wird zur Stärkung des Eigenkapitals den Gewinnrücklagen zugeführt.

---

<b>TOP 6</b>	<b>Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH für das Geschäftsjahr 2014</b>	VorlNr. 0944/2011-2016
--------------	--	---------------------------

---

Die Ratsherren und –frauen Holsten, Credo, Kohlmeyer, Leefers, Dr. Schumann-Mößeler, Grafe, Radtke, Lauber und Bgm Weber nehmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil (§ 41 Abs. 4 NKomVG).

## **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) weist die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH einstimmig an, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsrat und dem Geschäftsführer der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH wird für das Geschäftsjahr 2014 aufgrund des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der BPW Treuhand GmbH vom 12.06.2015 Entlastung erteilt.

---

<b>TOP 7</b>	<b>Entscheidung über die bauliche Entwicklung der IGS Rotenburg (Wümme)</b>	VorlNr. 0946/2011-2016
--------------	---	---------------------------

---

Bgm Weber berichtet, dass der im Jahr 2012 getroffene Beschluss zur integrierten Gesamtschule fortgeführt werde und nun die nächste Entscheidung zu treffen sei. Im August 2015 seien die Klassenstufen 5 und 6 an der Theodor-Heuss-Schule fertiggestellt worden. Über die Machbarkeitsstudie seien viele Varianten geprüft worden, die er zusammen mit dem Ziel des pädagogischen Konzeptes und des sich wandelnden Schulbildes erläutert. Weiter geht er vergleichend auf die Kosten der unterschiedlichen Varianten ein. Er fasst zusammen, dass die Beigeordneten sich hinsichtlich des Abrisses des A-Traktes der Theodor-Heuss-Schule (THS) für eine zweigeschossige Neuerstellung für Klassenräume nach dem pädagogischen Konzept mit 90 qm einig gewesen seien. Hier werde die Aula der THS als Forumssaal der Jahrgangsstufe 7 mitgenutzt. Hinsichtlich der Jahrgangsstufen 8-10 solle bis November die 1-Standort-Lösung geprüft werden, inwieweit die Umsetzung möglich sei. Er halte jedoch die Variante für 6,5 Mio € mit den Klassen 8-10 in der Realschule am praktikabelsten. Darüber werde heute nicht entschieden, sondern in der Novembersitzung. Für die heutige Beratung liege die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses allen Ratsmitgliedern vor.

RF Grafe begrüßt das Voranbringen des nächsten Schrittes zur IGS und freut sich, dass mittlerweile auch die CDU für die Ein-Standort-Variante plädiere. Durch die gemeinsame Ideenentwicklung werde nunmehr eine Änderung der Statik für eine mögliche Aufstockung berücksichtigt, so dass der Weg für den nächsten Bauabschnitt mit Blick auf die Gesamthaushaltslage geebnet werde. Dies sei ein wichtiger Schritt und ein gutes Zeichen für alle Eltern, Lehrer und Schüler.

RH Leefers ergänzt, dass das jetzige Präferieren der Ein-Standort-Lösung innerhalb der CDU sich u.a. darauf begründe, dass er vor größeren Reparaturarbeiten an der Realschule warne, da Asbest freigelegt werden könne. Er meine, es sei aus finanzpolitischer Sicht notwendig, eine Pause einzuräumen, um die Jahrgangsstufen 8-10 in der Gerberstraße entsprechend den Anforderungen des pädagogischen Konzeptes umzusetzen und plädiert dafür, dass die Räume der Realschule weiter genutzt und nicht umgebaut werden. Die Räume haben die Größe der Container, in denen im letzten Jahr erfolgreich unterrichtet worden sei. Ein Umbau des alten Gebäudes könne teurer werden als ein neues Gebäude an der Gerberstraße und führe zu einem manifestierten Provisorium. Daher sei eine Änderung bezüglich Statik, Aufstockung und Passiv-Haus-Standard vorzunehmen. Sollte jedoch an der Realschule ein Umbau beschlossen werden, seien die Änderungen an der THS nicht notwendig. Die Jahrgangsstufe 7 an der THS unterzubringen sei für die CDU-Fraktion unstrittig.

RH Kohlmeyer begründet, warum die Arbeitsgruppe WIR/FDP entgegen der letzten Presseartikel dem Vorschlag der Verwaltung folgt und nach Prüfung der Alternativen zu dem Entschluss gekommen sei, dass eine Ein-Standort-Variante die Beste und Sinnvollste, aber auch mit 11,4 Mio € eine sehr teure Lösung sei. Hinsichtlich der Refinanzierung sei der Verkauf der Realschule mit dem benachbarten Grand-Platz als Neubaugebiet herzurichten und für den fehlenden Restbetrag die Vorstellung der Übernahme durch einen Investor, wie die Stadtwerke, vorgeschlagen worden. Jedoch gebe es Punkte gegen einen Abriss, wie die intensive Nutzung der Sporthalle in der Ahe und die Aula z.B. bei Musikveranstaltungen. Er meine, es sei ein Fehler gewesen, dass im Vorwege nicht intensiv genug über das Thema der IGS nachgedacht worden sei. Weder ein Rückzieher noch eine Minimal-Lösung komme in Betracht, sondern vielmehr müsse eine vorbildliche IGS zeitnah entwickelt werden. Bildung sei das Wichtigste, das wir unseren Kindern mitgeben können und mit anderen Investitionen nicht aufzuwiegen, so dass dafür einige geplante Investitionen zurückzustellen oder zu streichen seien sowie die Mittel aus der Kreisschulbaukasse zu sichern sei. Weiter geht er auf unterschiedlich hohe Hebesätze in benachbarten Landkreisen ein und betont, dass die Arbeitsgruppe gegen eine Erhöhung der Steuer sei. Wenn keine Lösung für die Ein-Standort-Variante gefunden werde, sei die Arbeitsgruppe für die Unterbringung der Jahrgangsstufe 7 an der THS und dem Umbau an der Realschule.

RH Dr. Rinck stellt klar, dass die CDU dafür sei, dass sämtliche Rotenburger Schulen Erfolg haben. Bei einer jetzigen hohen Ausgabe werde es eine massive Zunahme der Verschuldung geben, die seit den letzten 10-20 Jahren konstant bei 20 Mio € liege und auf 30 oder mehr Mio € steigen könne. Er warnt vor einer Politik auf dem Rücken der Kinder und der nachfolgenden Generationen und fasst zusammen, dass eine Steuererhöhung sowohl für Gewerbetreibende als auch für Mieter, hinsichtlich einer Grundsteuerumlage durch den Vermieter, nachteilig sei. Ebenso werde für andere Bauprojekte für Kindergärten und Grundschulen weniger oder keine Gelder dann zur Verfügung stehen. Im Vergleich der IGSn in Oyten, Lilienthal und Osterholz seien die Erfordernisse sukzessive angepasst worden, so dass in Rotenburg zunächst die Realschule für eine Übergangszeit weiter genutzt werden könne. In den letzten Jahren sei auch in die Realschule investiert worden. Sobald Geld vorhanden sei, ist es sinnvoller, am Standort Gerberstraße zu investieren. Er betont, dass die Idee der Aufstockung von ihm und Herrn Holsten sei. Diese Idee stelle die Weichen für die Zukunft richtig. Dadurch sei die CDU mit einem Großteil der SPD einer Meinung, dass der Standort in der Gerberstraße gefördert werde. Als nächstes sei auf die Entwicklung der Finanzen als auch der Schülerzahlen hinsichtlich des demographischen Wandels zu achten, so dass er es für sinnvoll erachte, erstmal abzuwarten, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Er meine, es komme die Diskussion, ob die IGS auch den Ausbau einer Oberstufe forcieren werde, welches auf den Raumbedarf Auswirkung habe. Die CDU stimme unter dem Vorbehalt, dass keine 4,5 Mio € in die Realschule investiert werden, dem aus dem Verwaltungsausschuss empfohlenen Beschlussvorschlag zu und plädiert für eine Fortsetzung an der Gerberstraße zu einem späteren Zeitpunkt. RH Dr. Rinck begrüßt das Aufeinanderzugehen der Fraktionen und lädt zu weiteren Gesprächen ein.

RH Bargfrede weist darauf hin, dass er bereits bei den diesjährigen Haushaltsberatungen darauf hingewiesen habe, dass die Umwandlung von Haupt- und Realschule in eine IGS

wahrscheinlich die teuerste Baumaßnahme sei, die die Stadt Rotenburg sich überhaupt nach dem zweiten Weltkrieg vorgenommen habe. Nach den ersten 3,5 Mio €, die für die ersten beiden Jahrgänge ausgegeben wurden, könne die Stadt Rotenburg sich eine solche Fortsetzung nicht leisten. Er verdeutlicht, dass eine IGS beschlossen worden sei und der Rat in der Pflicht der Umsetzung für die Kinder ist, stellt jedoch die Raumgröße von 90 qm zur Diskussion, da das pädagogische Konzept seiner Meinung nach auch in kleineren Räumen umgesetzt werden könne, wie an Beispielen aus der Nachbarschaft und u.a. dem Unterricht in Containern gezeigt worden sei. Er werde dem Beschluss mit 90 qm großen Klassenräumen nicht zustimmen.

RH Radtke wundere sich über diese Diskussion, da im Verwaltungsausschuss beschlossen worden sei, diese in den kommenden Fachausschusssitzungen zu führen. Jeder habe den Traum, eine neue Schule für die Klassen 5-10 zu bauen, doch stehe dem die finanzielle Situation entgegen. Eine Ein-Standort-Lösung sei, so RH Radtke, noch keine beschlossene Sache, wie RF Grafe anführte. Im Verwaltungsausschuss sei über die Probleme ausgiebig diskutiert worden. B90/Die Grünen seien davon überzeugt, wenn in der Realschule zunächst einmal die Klassen 8-10 in Betrieb seien und erfolgreich laufen, dann werde kein Rat später diese Form in eine Ein-Standort-Lösung ändern. Er stelle klar, dass der Haushalt auch ohne die IGS nicht ausgeglichen werden könne, welches der Kämmerer in den Sitzungen bereits erläutert habe. Er meine, wenn die Hebesätze nicht angeglichen werden, verliere die Stadt jährlich ca. 600.000 €, auf zehn Jahre hochgerechnet, 6 Mio €. Und sollte die Stadt durch eine Kreisschulbaukassenänderung keinen Zuschuss in Höhe von 50 % erhalten, könne sie keine Neubaumaßnahme vollziehen. Ferner stellt er die Gewerbesteuer als Standortfaktor anhand der Beispielgemeinden Zeven und Bremervörde mit einem höheren Hebesatz als Rotenburg, in Frage. Für B90/Die Grünen seien die Kosten für eine Statikänderung für eine Aufstockung an der THS in Höhe von ca. 50-100.000 € eher zu tragen als in eine mehrere Millionen-Euro-Investition. Er erachtet den Standort an der Gerberstraße für alle Klassen 5-10 als zu eng und erachtet die Realschule für die Unterbringung einer gymnasialen Oberstufe geeigneter, auch wenn die Bausubstanz Asbest aufweise. In einem Abriss der Realschule und einer Ausweisung als Neubaugebiet sehe er keine geeignete Einnahmemöglichkeit, da hier weitere Kosten wie Lärmschutzmaßnahmen und Erschließung dagegen stehen. In den Vordergrund stelle er, wie die SPD forciert habe, die Umsetzung des pädagogischen Konzeptes, das an der Realschule dann auf viele Jahre angelegt sei und dadurch Umbaumaßnahmen nötig seien. Ob sich an dieser Sichtweise etwas ändere zeige sich in der kommenden Fraktionssitzung mit Bgm Weber und dem Kämmerer.

RF Braunschurger werte die Wendung der Haltung der CDU zur Ein-Standort-Lösung positiv. Eine IGS an zwei Standorten bedeute 2 Mensen, mehrere doppelte Fachräume, 2 Aulen, 2 Schulhöfe, 2 Hausmeister und dadurch auch weitere Kosten. Hinzu komme das Pendeln der Lehrkräfte. Dass die CDU zwar einer Aufstockung zustimme, jedoch den Ausbau für die Klassen 8-10 in spätere Jahre verschiebe, bedeute, dass es vielleicht nicht geschehen werde. Wo ein Wille, so ein Weg, gerade hinsichtlich des niedrigen Zinssatzes und der noch nicht geänderten Richtlinie der Kreisschulbaukasse. Sie meint, dass eine IGS ein erheblicher Standortvorteil sei und Investitionen in die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in Rotenburg weiterhin an erster Stelle stehen müsse.

RH Holsten begrüße außerordentlich, dass alle sich auf den Ausbau der siebten Jahrgangsstufe einigen können und fasst zusammen, dass die beiden Passagen 7 und 8-10 getrennt voneinander entschieden werden, da erst in der kommenden Finanzausschusssitzung das genaue Ausleuchten der Rahmenbedingungen stattfinden werde. Er meine, dass sich dann erst zeige, ob eine Schule in ordentlicher Dimension oder zunächst weiter in kleineren Dimensionen gebaut werden müsse, bevor in einigen Jahren eine finanziell größere Lösung gewagt werde. Die Stadt Rotenburg (Wümme) müsse gegenüber allen ihren Einrichtungen gerecht bleiben, das schließe alle unsere anderen Schulen und Kindergärten mit ein, um eine Politik für alle Kinder und nicht auf deren Rücken zu gestalten.

Bgm Weber führt an, dass das Architekturbüro aussagte, dass das Gebäude der Realschule in einer besseren Substanz als die Pestalozzischule sei und somit kein marodes Gebäude

ist. In den vergangenen Jahren sei in die Realschule erheblich investiert worden, wie beispielsweise in Brandschutzmaßnahmen. Auch diese Investitionen sollen nicht außer Acht gelassen werden. Daher auch der Vorschlag der Verwaltung, die Klassen 8-10 in der Realschule unterzubringen.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt bei einer Gegenstimme mehrheitlich, die Jahrgangsstufe 7 in der Theodor Heuss Schule wie vorgeschlagen (2,0 Mio €-Variante) unterzubringen. Dabei soll die Prüfung einer möglichen Aufstockung und eines möglichen Anbaus sowie die Berücksichtigung des Passiv-Haus-Standards hinsichtlich Technik und Kosten vorgenommen werden. Vorbehaltlich der Ergebnisse dieser Prüfung und der Diskussionen im Finanzausschuss sowie der gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses und Ausschusses für Planung und Hochbau wird über den Standort der IGS für die Klassenstufen 8, 9 und 10 abschließend entschieden.

---

**TOP 7.1      Ergänzende Ausführungen zur Vorlage 0946/2011-2016 Entscheidung über die bauliche Entwicklung der IGS Rotenburg (Wümme)**

Vorl.Nr.  
0949/2011-2016

Der Rat hat zur **Kenntnis genommen:**

Der Rat der Stadt Rotenburg nimmt die folgenden, ergänzenden Ausführungen zu den aufgeworfenen Fragestellungen im Schreiben des Rats Herrn Dr. Klaus Rinck vom 17.09.2015 (Anlage 1 der Urschrift der Niederschrift) zur Kenntnis.

#### Zu 1.)

Zusätzlich wurde der Antrag der CDU Fraktion untersucht. Dieser beinhaltete die Untersuchung eines Umbaus der Realschule zur IGS unter Verwendung der vorhandenen Räumlichkeiten und der Einfügung einer Mensa und eines Fahrstuhls.

#### Zu 2.)

Die Machbarkeitsuntersuchung geht in Kapitel 7 von Kosten in Höhe von 1,7 Millionen Euro für den Neu- bzw. Umbau an der THS für die Jahrgangsstufe 7 aus. Die Verwaltung rechnet mit 2,4 Millionen Euro inklusive Ausstattung und Baunebenkosten (Faktor 1,4). Die Variante 6 sieht von einem Umbau des D Traktes ab und bringt die Lehrerzimmer und die weiteren Nebenräume in den bestehenden Räumlichkeiten der THS ohne weiteren Umbau unter. Dadurch können ca. 200.000 Euro gespart werden. Zusätzlich sind nur noch die Klassenzimmer auszustatten, wofür 200.000 Euro angesetzt werden, sowie Nebenkosten zu berücksichtigen. Im Ergebnis kalkuliert die Verwaltung mit 2 Millionen Gesamtkosten. Diese Variante kann auch mit den anderen Überlegungen kombiniert werden.

Eine Variante mit Klassenzimmer mit 75 m<sup>2</sup> Größe wurde bisher nicht gerechnet. Eine Schätzung des dadurch zu erzielenden Einsparvolumens in Höhe von ca. 150.000 € ist als realistisch anzusehen.

#### Zu 3.)

Das pädagogische Konzept sieht grundsätzlich Klassenräume mit einer Größe von mindestens 90 m<sup>2</sup> Fläche sowie Foren und Lehrerzimmer für jeden Jahrgang vor. Diese Voraussetzungen können in den vorhandenen Räumlichkeiten der Realschule nicht zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin ist eine Mensa im 1. Obergeschoss für bestimmte Nutzer nur mit Hilfe des Fahrstuhls zu erreichen und damit eingeschränkt nutzbar; evtl. wäre ein Lastenauf-

zug zusätzlich für Mensabetrieb erforderlich. Auf diese Fakten beruht die Aussage der Ziffer 7.

#### Zu 4.)

Die Realschule soll für einen Jahrgang im Trakt A umgebaut werden. Hierbei werden jeweils 2 Klassenräume mit je 60 m<sup>2</sup> durch Entfernen der Zwischenwand zu einem Klassenraum mit 120 m<sup>2</sup> Fläche zusammengelegt. Zusätzlich entsteht ein Forum.

Für 2 weitere Jahrgänge werden im C Trakt durch einen 2-geschossigen Neubau insgesamt 10 neue Klassenzimmer mit einer Größe von je 90 m<sup>2</sup> geschaffen. Die vorhandene Aula wird als Forum genutzt.

Die beigelegte Anlage bezieht sich auf den Vorschlag 6. Die Kosten belaufen sich in der Summe auf 3,4 Millionen Euro. Diese wurden nicht mit einem Faktor 1,4 multipliziert, da diese Variante davon ausgeht, dass ein Großteil der Ausstattung der Realschule weiter genutzt wird. Lediglich die Klassenräume sind mit neuer EDV auszustatten. Hierfür wird mit maximal 300.000 Euro gerechnet. Die entstehenden Kosten von 3,7 Millionen Euro zusätzlich 20 % Baunebenkosten ergeben die veranschlagten 4,5 Millionen geschätzten Gesamtkosten.

#### Zu 5.)

Bei dem Gesamtplan handelt es sich lediglich um ein Zwischenergebnis unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Maßnahmen für die Jahrgangsstufe 7 und der Mensa an der Realschule. Für die weitere Entwicklung des Haushaltsentwurfes soll die Entscheidung der Gremien in Bezug auf die Jahrgangsstufen 8 – 10 abgewartet werden. So war auch die Aussage in der interfraktionellen Sitzung am 7.9. in der IGS. Dieses Zwischenergebnis sollte nur dazu dienen „was können wir uns eigentlich leisten“.

Die weiter vorgesehenen Maßnahmen für die Jahrgangsstufen 8 – 10 müssen dann natürlich noch in den Entwurf eingearbeitet werden. Daher auch die Einbringung des Haushaltes erst in der Novembersitzung des Rates.

#### Zu 6.)

Die Mehreinnahmen auf Grund der Hebesatzerhöhungen sind in dem vorgelegten Entwurf noch **nicht** einkalkuliert. Wie auch in dem in der Ratssitzung verteilten Gesamtplan dargestellt, betragen die Mehreinnahmen je 10 % - Punkte Erhöhung rund 290.000 € pro Haushaltsjahr.

#### Zu 7.)

Der dargestellte Schuldenstand beruht auf Steuereinnahmen auf der Basis des derzeitigen Hebesatzes (360 %). Bei einer Erhöhung um 30 % - Punkte würde er sich wahrscheinlich um rund 4,0 Mio. mittelfristig € reduzieren. Kommen dann noch die vorgeschlagenen weiteren Investitionen (zwischen 3,4 und 3,8 Mio. €) hinzu, wird das auch zu einer entsprechend höheren Verschuldung führen – reduziert natürlich um die Zuschüsse aus der Kreisschulbaukasse. Für die Genehmigung des Haushaltes und damit auch der Kreditgenehmigung muss der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein bzw. ein evtl. Fehlbedarf muss in der mittelfristigen Finanzplanung abgedeckt werden können. Im Finanzhaushalt müssen die Zahlungen für die ordentliche Tilgung grundsätzlich durch Überschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit finanziert werden können. Ausnahmsweise können hier allerdings auch die Erlöse aus Grundstücksverkäufen herangezogen werden. Ohne eine Anhebung der Hebesätze wird das nicht darzustellen sein.

<b>TOP 8</b>	<b>Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:</b>	VorlNr.
--------------	---	---------

<b>TOP 8.1</b>	<b>Verfügung einer Ausgabensperre; Antrag der FW vom 21.09.2015</b>	VorlNr. 0950/2011-2016
----------------	---	---------------------------

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) verweist den Antrag einstimmig in den Finanzausschuss.

<b>TOP 8.2</b>	<b>Freigabe von Ausgabenresten des Haushalts 2015; Antrag der FW vom 28.09.2015</b>	VorlNr. 0952/2011-2016
----------------	---	---------------------------

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) verweist den Antrag einstimmig in den Finanzausschuss.

<b>TOP 9</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>	VorlNr.
--------------	----------------------------------	---------

<b>TOP 9.1</b>	<b>wichtige Beschlüsse aus dem Verwaltungsausschuss</b>	VorlNr.
----------------	---	---------

**Wichtige Beschlüsse aus dem VA vom 22.09.2015**

Annahme und Weiterleitung der folgenden Zuwendungen beschlossen:

- Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH 500,00 € zur Förderung des Umweltschutzes
- Rechtsanwälte Winkel, Buhrfeind & Partner 300,00 zur Förderung des Umweltschutzes
- Apotheke Große in der Stadtmitte 300,00 € zur Förderung des Umweltschutzes

Auftragsvergabe:

- für die Planung und Bauleitung des Kindergartens am Lönsweg für die Leistungsphasen I-IV an das Architekturbüro Röndigs aus Rotenburg (W.)

-----

Widmung von Straßen in den Neubaugebieten Brockeler Straße und Stockforthsweg

- Emsländer Weg
- Ammerländer Weg
- Elbauenweg
- Altmärker Weg
- Mecklenburger Weg
- Friesenweg
- Weg am Emsländer Weg
- Weg am Friesenweg
- Weg am Ammerländer Weg
- Eisvogelweg
- An der Rodau
- Liebellenweg
- Fischotterweg

**TOP 9.2 Einkommensteueranteile und Gewerbesteuereinnahmen I. und II. Quartal 2015**

VorlNr.

---

StOAR Bruns berichtet, dass aus der Mitteilung über die Höhe der Einkommensteueranteile und Gewerbesteuereinnahmen im dritten Quartal, das Ergebnis 2015 bereits jetzt festgestellt werden könne, da die Stadt im IV. Quartal 110 % von dem Anteil des III. Quartals erhalte. So belaufe sich dadurch das Jahresergebnis auf insgesamt 7.766.142 €. Der Haushaltsansatz mit einem Betrag von 7.752.700 € sei somit nahezu eine Punktlandung. Die prognostizierten Erhöhungen seien tatsächlich eingetreten. Die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen aus dem III. Quartal belaufen sich auf 1.796.464 €, so dass eine Summe von insgesamt 5.088.061 € bisher erreicht sei. Das Anordnungssoll liege derzeit bei rund 7,6 Mio €, der Haushaltsansatz betrage 7,2 Mio €, so dass es sich zeige, dass dieser Ansatz erreicht werde.

**TOP 9.3 Versand von Sitzungsunterlagen**

VorlNr.

---

StOAR Eckert erinnert an die Umfrage zum Versand von Sitzungsunterlagen und bittet um Rückgabe des Fragebogens.

**TOP 9.4 Funkturm - Netzempfang D 1 in Unterstedt**

VorlNr.

---

RH Lüttjohann bittet um Information, wann ein Funkturm gebaut werde und zu welchem Zeitpunkt verbesserter Empfang gegeben sei, da in Unterstedt Unternehmen ansässig seien, die das D1-Netz dringend benötigen.

Antwort im Protokoll:

Die Deutsche Funkturm GmbH beabsichtigt nahe der Verdener Straße den Neubau eines Antennenträgers in Form eines 40 m hohen Stahlgittermastes plus eines 5 m Aufsatzrohres. Ein Bauantrag wurde bereits am 22.04.2015 gestellt und liege zur Baugenehmigung dem Landkreis vor.

**TOP 9.5 Flüchtlingssituation**

VorlNr.

---

RF Bassen fragt nach der Anzahl der Flüchtlinge und ob genügend Unterbringungsmöglichkeiten bestehen, worauf Bgm Weber antwortet, dass ca. 230 Flüchtlinge in Rotenburg und weitere 120 bis Ende Januar noch aufzunehmen seien. Es sei noch kein Ende absehbar. Es werde pro Woche für 10 Personen Wohnraum gesucht, für die die Stadt in Verhandlung stehe. Ob ab Ende Januar 2016 das Ziel einer dezentralen Unterbringung aufrecht erhalten werden könne, sei fraglich.

RF Braunsburger fragt ergänzend, ob die Verwaltung der Stadt Rotenburg die Aufgaben personell bewältigen könne, worauf Bgm Weber erwidert, dass das Amt für Jugend und Soziales personell u.a. mit einem Bundesfreiwilligendienstleister ergänzt werde. Zusätzlich gebe es Unterstützungen aus den anderen Fachämtern.

Die RV Roß-Luttman schließt die Sitzung um 21:42 Uhr.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.